

Maxime Lefebvre

Europäische Souveränität

Kommentar zu den Ergebnissen
der Umfrage in Frankreich

EUROPA

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

EIN IN FRANKREICH PARADOXER BEGRIFF

Der Begriff »europäische Souveränität« hat in Frankreich etwas Paradoxes, denn das Land ist der Archetyp des souveränen Nationalstaates – vom Ancien Régime errichtet und vollendet durch die Französische Revolution. Dennoch wurde das Konzept der europäischen Souveränität ausgerechnet in Frankreich lanciert: von Emmanuel Macron, der selbst in die Rolle des »republikanischen Monarchen« französischen Stils geschlüpft ist. Hinter diesem nur scheinbaren Widerspruch verbergen sich wichtige Lehren für die Entwicklung der europäischen Souveränität.

DIE SOUVERÄNITÄT

**EIN ENG AN DEN FRANZÖSISCHEN
NATIONALSTAAT GEKNÜPFTES KONZEPT,
DAS HEUTE JEDOCH MIT DEM PROJEKT
EINER EUROPÄISCHEN GROSSMACHT
VERBUNDEN WIRD**

Vor der Rede Emmanuel Macrons an der Sorbonne am 26. September 2017 war die europäische Souveränität in Frankreich kein Thema. Der Souveränität des französischen Staates standen Transfers und Kompetenzübertragungen an Europa gegenüber, die als im Interesse Frankreichs liegend gerechtfertigt wurden. Die Befürworter_innen der europäischen Integration unterstrichen dabei immer wieder, dass die Kompetenzübertragungen an die EU der Souveränität Frankreichs keinen Abbruch täten, sondern es dem französischen Staat im Gegenteil

erlaubten, einen Teil seines weltpolitischen Einflusses und seiner Macht zurückzugewinnen. Das gleiche Argument lag der französischen Unterstützung des Maastrichter Vertrags und des Euros zugrunde. Bevor der Begriff »europäische Souveränität« salonfähig wurde, sprach man in Frankreich in der Regel von »Europa als Macht« (*»l'Europe puissance«*).

Allerdings hat die europäische Integration auch in Frankreich zu Enttäuschung und Unzufriedenheit geführt – besonders in Bezug auf den Verlust nationalstaatlicher Kontrolle, das Demokratiedefizit, die angeblich »liberale Tendenz« einer EU, die zum Vehikel einer unkontrollierten Globalisierung geworden sei sowie die in Frankreich wenig populäre Osterweiterung. Der europäische Verfassungsvertrag, der als Schritt hin zu einem europäischen Föderalstaat gesehen werden konnte, wurde 2005 in Frankreich mit einer Mehrheit von 55 Prozent der abgegebenen Stimmen deutlich verworfen.

Viele Jurist_innen lehnen den Begriff einer »geteilten Souveränität« aus puristischen Gründen ab. Sie sind der Ansicht, Souveränität könne weder geteilt noch delegiert werden. Der französische Verfassungsrat hatte ursprünglich jeglichen »Souveränitätstransfer« kategorisch abgelehnt (Beschluss von 1976), bis er »Kompetenzübertragungen« unter der Bedingung billigte, dass »die wesentlichen Voraussetzungen der nationalen Souveränität« bewahrt würden (Beschluss von 1985). Seither hält er an dieser Rechtsauffassung fest.

Die Frage der europäischen Souveränität spaltet die französischen Parteien heute genauso wie einst der Maastrichter Ver-

trag und der europäische Verfassungsentwurf sowie Fragen der europäischen Integration überhaupt. Die proeuropäischen Sozialist_innen, die Grünen, die rechten Republikaner_innen sowie Macrons *En Marche* und François Bayrous MODEM in der Mitte gehören der großen proeuropäischen Koalition an, die auch im Europäischen Parlament vertreten ist. Sie unterstützen das Konzept einer europäischen Souveränität und machen es sich zu eigen, solange es für das Ziel einer europäischen Großmacht und nicht im Gegensatz zur nationalen Souveränität steht. Ihnen gegenüber stehen die linkspopulistische Partei *La France Insoumise* von Jean-Luc Mélenchon, das rechtspopulistische *Rassemblement national* von Marine Le Pen und die Souveränist_innen der republikanischen Linken (wie Jean-Pierre Chevènement) bzw. republikanischen Rechten (Nicolas Dupont-Aignan), welche die europäische Souveränität als mit der nationalen Souveränität oder »Volkssouveränität« unvereinbar verwerfen.

Das Wort Souveränität ist in Frankreich eng mit dem Aufbau von Staat und Nation verknüpft. Es wird spontan mit Autorität, Staatsmacht, Monarchie und Macht in Verbindung gebracht und erst sekundär mit Unabhängigkeit und Freiheit, wie die Meinungsumfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Fondation Jean-Jaurès deutlich gezeigt hat. Derselben Umfrage zufolge wird die europäische Souveränität in romanischen Ländern wie Frankreich, Spanien und Italien weniger positiv eingestuft (vielleicht weil sie entfernte Erben des Römischen Reichs und damit auch der römischen Staatstradition und einer starken Zentralmacht sind), während germanische und slawische Länder wie Deutschland, Schweden sowie mittel- und osteuropäische Länder in ihr ein Mittel zur Emanzipierung sehen. In diesem Licht betrachtet ist die gegenwärtige Fokussierung auf die europäische Souveränität in der französischen Debatte doppelt problematisch. Zum einen verschärft sie die Polarisierung zwischen pro- und antieuropäischem Lager (wahrscheinlich ganz im Sinne Emmanuel Macrons, der die proeuropäischen Kräfte vereinen und sich als Alternative zu Marine Le Pen positionieren will, deren Monopol des Souveränitätsbegriffs er zu überwinden anstrebt). Zum anderen stößt die Idee einer europäischen Souveränität aufgrund kultureller und historischer Eigenheiten in der französischen Bevölkerung auf keine breite Akzeptanz (weshalb Emmanuel Macron die Worte Souveränität und Macht auch regelmäßig auf Frankreich bezieht).

Die Covid-19-Pandemie hat zu einer breiteren Unterstützung für das Konzept der europäischen Souveränität geführt, wenn auch mehr im Sinne des intermediären Konzepts der strategischen Autonomie. Den europäischen Souveränitätsbegriff als solchen findet man in der europäischen Debatte nur in Bezug auf die digitale Souveränität, wie dies die im Juni 2019 vom Europäischen Rat verabschiedete Strategische Agenda 2019–2024 unterstreicht: »Europa muss digital souverän sein.« Das Konzept der strategischen Autonomie, welches Frankreich seit 2013 in die europäische Debatte einbringt, ist dagegen aus der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in die neue europäische Industriestrategie übergegangen, wo es auf verschiedene Schlüsselsektoren angewandt wird: Verteidigung, Raumfahrt, Gesundheit, digitale Technologien, Energie, Rohstoffe. Die Pandemie hat in der Tat deutlich gemacht, dass Europa seine strategischen Abhängigkeiten, zum Beispiel auf medizinischem Feld, verringern und seine industriellen und technischen Kapazitäten in kritischen Bereichen stärken muss. Dies entspricht

durchaus traditionellen französischen Prioritäten (man spricht sowohl im französischen wie europäischen Kontext unter anderem von industrieller, technologischer, wirtschaftlicher und gesundheitspolitischer Souveränität).

EINE EUROPÄISCHE SOUVERÄNITÄT, DIE MIT NATIONALER SOUVERÄNITÄT VEREINBAR BLEIBEN MUSS

In allen Ländern, in denen die Meinungsumfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Fondation Jean-Jaurès durchgeführt wurde, ist den Befragten die europäische Souveränität weniger wichtig als die nationale. Frankreich und Italien unterscheiden sich von den anderen Staaten dahingehend, dass in ihnen eine Mehrheit der Ansicht ist, die beiden Konzepte widersprächen einander und Souveränität beziehe sich in erster Linie auf den Nationalstaat. Auch sieht eine Mehrheit ihrer Bewohner_innen die heutige EU als nicht wirklich souverän an, während dies in allen anderen Ländern von einer Mehrheit bejaht wird. Frankreich und Italien stehen der europäischen Souveränität auch am skeptischsten gegenüber – nur 41 bzw. 37 Prozent beurteilen diese positiv, während 35 bzw. 47 Prozent ihr gegenüber negativ eingestellt sind. In Deutschland, Spanien, Polen und Schweden sind die Zahlen umgekehrt. Spanien steht hier den nordischen und slawischen Ländern näher als den romanischen; dies möglicherweise, weil die Spanier_innen die EU als eine Lösung für ihre innenpolitischen Probleme betrachten – man denke an Katalonien.

Näher beisammen liegen die Antworten auf die Frage, ob die eigene nationale bzw. die europäische Souveränität gestärkt werden müsse. In allen Ländern sind sich die Befragten mit großer Mehrheit (über 70 Prozent) einig, dass beide Souveränitäten gestärkt werden müssten. Dabei ist die Unterstützung einer stärkeren europäischen Souveränität in Frankreich und Italien erneut weniger ausgeprägt (66 bzw. 60 Prozent) als in den anderen Ländern. Auch wird mit Ausnahme Spaniens in allen Ländern die Stärkung der nationalen Souveränität als wichtiger erachtet als die der europäischen Souveränität.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich zwei Lehren ziehen: Erstens stehen Frankreich und Italien – zwei Länder, in denen laut *Eurobarometer*-Umfragen das Misstrauen gegenüber der EU besonders hoch ist und rechtspopulistische Parteien die größten Erfolge erzielen – dem Konzept und dem Projekt einer europäischen Souveränität vergleichsweise skeptisch gegenüber. In diesen Ländern sind Unzufriedenheit mit dem europäischen Projekt und Zweifel daran weit verbreitet. Umso schwieriger ist es, ihre Bewohner_innen vom Wert einer substanziellen Ausweitung der europäischen Zuständigkeiten zu überzeugen. Dieser Befund stimmt mit früheren Umfrageergebnissen überein, die stets gezeigt haben, dass insbesondere in Frankreich ein Europa der Staaten, in dem nationale Institutionen Vorrang haben, einem föderalen Europa und dem Primat europäischer Institutionen vorgezogen wird. Der Begriff strategische Autonomie stößt auf mehr Zustimmung, wahrscheinlich weil er die Entscheidung zwischen Europa und den Nationalstaaten offenlässt: Europa kann den Mitgliedstaaten helfen, ihre strategische Autonomie im globalen Wettbewerb der Mächte zu stärken. Zudem bezeichnet strategische Autonomie eher politische Inhalte als eine bestimmte politische Form.

Zweitens: Europäer_innen ist die jeweilige nationale Souveränität mindestens ebenso wichtig wie die europäische Souveränität, wenn nicht sogar wichtiger. Solange die beiden einander nicht entgegenstehen, wird die Stärkung der europäischen Souveränität positiv bewertet. Zum Widerspruch kann es aber schnell kommen. So befürworten zum Beispiel die zu den europäischen Nettozahlern gehörenden nordischen Länder den Euro und den EU-Binnenmarkt, wollen aber ihre steuer- und haushaltspolitische Souveränität bewahren. Die osteuropäischen Länder unterstützen den Schengen-Raum, wollen sich aber nicht von der EU vorschreiben lassen, wie viele Migrant_innen und Flüchtlinge sie aufnehmen müssen. So ist es nicht erstaunlich, dass in Europa kaum jemand Lust auf eine tiefgreifende Umgestaltung der Verträge und Zuständigkeiten hat. Schon der Europäische Konvent von 2002/2003, der den Verfassungsvertrag hervorbrachte, hatte die europäischen Kompetenzen nicht wesentlich gestärkt und die Einstimmigkeitsregel in zahlreichen Schlüsselbereichen der nationalen Souveränität, etwa Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Außenpolitik, Verteidigung, Polizei, Justiz und Einwanderung beibehalten. In einem solchen Kontext ist kaum zu erwarten, dass die 2021 begonnene Konferenz zur Zukunft Europas über marginale Veränderungen der Verträge, Institutionen und Politik der EU hinausgehen wird. Europa wird in gewissen Bereichen gestärkt werden, zum Beispiel im Gesundheitswesen oder in der Steuerpolitik, europäische Kompromisse werden dort umgestaltet werden, wo sich ein Konsens abzeichnet, zum Beispiel beim Stabilitätspakt, und Bürokratie und Regulierung werden abgebaut, um, wo immer dies möglich ist, das Subsidiaritätsprinzip walten zu lassen.

Vielversprechender als eine Neugestaltung der Verträge scheint hingegen das gemeinsame Projekt, das, gleichermaßen gestützt auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, darauf abzielt, den Einfluss, die strategische Autonomie und die Effizienz Europas zu stärken.

DIE EUROPÄISCHE SOUVERÄNITÄT ALS ANTWORT AUF GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN

EINIGKEIT DER MITGLIEDSTAATEN, ABER MIT NUANCIERUNGEN

In allen europäischen Ländern herrscht erstaunliche Einigkeit über die Gründe und entscheidenden Faktoren, die eine Stärkung der europäischen Souveränität rechtfertigen – besonders in den Bereichen Wirtschaft, Nahrungsmittelversorgung, Gesundheitswesen, gemeinsame Verteidigung, Kontrolle der Außengrenzen, Schutz vor Einmischung aus dem Ausland, Kontrolle strategischer Infrastrukturen und saubere Energieressourcen. Der Klimawandel, Bedrohungen durch Terrorismus und gesundheitliche Gefahren sind die meistgenannten externen Gründe für eine Stärkung der europäischen Souveränität. Alle diese Punkte überschneiden sich weitgehend mit Emmanuel Macrons Sorbonner Programm und seinen späteren Reden. Zwischen den untersuchten Ländern können aber auch Nuancierungen festgestellt werden. Spanien und Italien, die zuerst von der Wirtschaftskrise und dann von der Gesundheitskrise hart getroffen wurden, erwarten von der EU vor allem wirtschaftlichen Wohlstand. Frankreich ist wie auch andere roma-

nische Länder (Italien, Spanien, Rumänien) bereit, die EU mit Steuerkompetenzen auszustatten, was für Schweden, Polen oder Deutschland keine Priorität hat. Die Menschen in Frankreich, Schweden und Italien zeigen sich besorgter über den Machtanspruch Chinas als über den der USA, während es in Deutschland und Spanien umgekehrt ist (sehr wahrscheinlich eine Folge der Trump-Präsidentschaft), und die osteuropäischen Länder beunruhigt nach Russland schauen. Mehr als die anderen Länder sorgt sich Frankreich um die Terrorgefahr und die Vormachtstellung der Tech-Konzerne. Zudem ist in Frankreich und Italien die Schwäche der europäischen Institutionen Anlass zur Sorge, während Deutschlands und Schwedens größte Sorge nationalistischen Machthaber_innen gilt.

Die Schwäche des Nationalstaates auf der internationalen Bühne wird in Frankreich und in den romanischen (Spanien, Italien) und kleineren Ländern (Rumänien, Lettland) häufiger als Argument für die Stärkung der europäischen Souveränität angeführt als in Deutschland, Polen und Schweden. Im ersteren Fall wird die EU als Machtvermehrerin gesehen, die es ihren Mitgliedern ermöglicht, in der globalen Arena ein kritisches Gewicht zu erreichen. Im zweiten Fall haben der nationale Standpunkt und das nationale Interesse trotz Europa Vorrang. Es mag erstaunen, dass Frankreich – ein Land, das noch immer über zahlreiche Machtmittel verfügt – sich im globalen Wettstreit zu klein oder zu schwach fühlt und dass Deutschland heute weniger proeuropäisch ist als früher. In jedem Fall spiegeln diese Ergebnisse die Lage in Frankreich recht genau wider, wo die Eliten »Europa als Macht« und als Mittel zur nationalen Machtvermehrung anpreisen, während die französische Bevölkerung zu Pessimismus und Niedergangsängsten neigt.

Vor diesem Hintergrund müssen Umfragen, die eine breite Befürwortung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nahelegen, mit Vorsicht genossen werden. Auf dem Papier gibt es zweifellos hohe Erwartungen, die sich auch in der – von anderen Meinungsumfragen bestätigten – starken Unterstützung einer »europäischen Armee« widerspiegeln. Diese Umfragen gehen jedoch selten auf praktische Details und Nuancen ein. Ist die europäische Öffentlichkeit bereit, ihre nationalen Armeen in einer einheitlichen, integrierten europäischen Armee aufgehen zu lassen? Ist sie bereit für europäische Militärinterventionen nach dem Vorbild der Militäreinsätze der USA in Afghanistan und dem Irak und ihres globalen Krieges gegen den Terrorismus oder des Einsatzes von Frankreich in Mali? Sind die europäischen Länder bereit, auf den Schutz der USA und der NATO zu verzichten und sich einzig auf eine gemeinsame europäische Verteidigung und die nukleare Abschreckung Frankreichs zu verlassen? Erfahrung, politische Realität und diplomatische Praxis haben gezeigt, dass Fortschritte Europas in diesem Bereich möglich, gleichwohl aber schwierig sind.

Frankreich hat die Entwicklung eines Europas der Verteidigung stets unterstützt. Dabei muss allerdings betont werden, dass Frankreich dank seiner geografischen Lage in Westeuropa und seiner eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit weniger auf den Schutz der USA angewiesen ist und zudem immer darauf bedacht war, autonome Handlungsfähigkeit zu wahren – eine Handlungsfähigkeit, die es auch bereit ist anzuwenden, sei es im nationalen Alleingang, im Rahmen der EU, der NATO oder ad hoc im zwischenstaatlichen Rahmen. Die Stärkung des ver-

teidigungs- und sicherheitspolitischen Europas ist vom französischen Standpunkt aus wünschenswert, solange sie auf eine Vergemeinschaftung der Mittel, gemeinsame Projekte und gemeinsame Handlungskapazität abzielt. Sie darf aber den in diesem Bereich bis heute vorrangig nationalen Handlungswillen nicht beeinträchtigen.

DIE BEVÖLKERUNGEN ERWARTEN VOR ALLEM WOHLSTAND, SICHERHEIT, SCHUTZ UND EFFIZIENZ

Die Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Fondation Jean-Jaurès bestätigt, dass die EU in allen Mitgliedstaaten breite Zustimmung genießt. Trotz geringer Variationen und einer stärkeren Skepsis gegenüber der europäischen Souveränität in Ländern wie Frankreich spricht sich in den bereits erwähnten *Eurobarometer*-Umfragen eine große Mehrheit für die Europäische Union und den Euro aus. Entsprechend wird ein Frexit nur von einer kleinen Minderheit unterstützt und die Gefahr eines Austritts anderer Länder erscheint heute gering. Zudem ist der Euro in der europäischen Integration genau jenes irreversible Verbindungsglied geworden, das sich François Mitterrand erhofft hatte, als er das wiedervereinte Deutschland in das Projekt der Einheitswährung einspannte. Das geschärfte Bewusstsein einer gemeinsamen Bedrohung durch Gefahren wie Klimawandel, Terrorismus, Gesundheitsbedrohungen, geopolitischen Wettbewerb (USA, China, Russland, Türkei) und unkontrollierten Migrationsdruck hat darüber hinaus eine Dynamik geschaffen, die günstig für das europäische Souveränitätsprojekt ist.

Über die Prioritäten der europäischen Bevölkerung sollte man sich jedoch nicht täuschen. In jedem Land bleiben sie – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – der nationalen Souveränität verbunden. Wohlstand, Sicherheit, Schutz und Effizienz sind für sie vorrangig. Die Nuancierungen, die Vorbehalte und die Divergenzen der Europäer_innen müssen ernstgenommen werden, bevor neue Kompetenzen, Ressourcen und Politikfelder an Brüssel abgetreten werden. Der von Frankreich und Deutschland 2020 vorgeschlagene europäische Wiederaufbauplan ist ein gutes Beispiel einer mutigen und ehrgeizigen Initiative, die sich als auf der Höhe der historischen Herausforderungen der Pandemie und ihren Folgen erwiesen hat und zu einer Stärkung der europäischen Souveränität im Sinne wirtschaftlichen Wohlstands und technologischer, ökologischer sowie digitaler Souveränität geführt hat. Gleichzeitig wurde klar, dass es den »frugalen« Ländern nicht immer leichtfällt, Blankoschecks zu unterzeichnen und hinsichtlich ihrer Forderungen nach wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltsdisziplin zurückzustecken. Europa wird auch in Zukunft ein Projekt der Kompromisse zwischen den Nationen bleiben.

NOTWENDIGE DEBATTEN AUF DEM WEG ZU EUROPÄISCHER EMANZIPATION

Die semantischen Debatten sind frustrierend, aber notwendig. Frustrierend, weil bestimmte Begrifflichkeiten für verschiedene Menschen nicht dasselbe bedeuten, wie die Umfrage auf eindrückliche Weise deutlich gemacht hat), und weil Diskussionen über deren Wortsinn für Diplomaten_innen am Verhandlungs-

tisch sehr anstrengend sind, ohne klare Resultate zu zeitigen. Der Begriff »offene strategische Autonomie«, die große Erfindung des Jahres 2020, ist ein beredtes Beispiel dafür. Trotzdem sind diese Debatten notwendig, denn hinter den Begriffen verbergen sich Losungen, die politisch richtungsweisend sind. Dass Europa seine Absicht bekundet, souverän und strategisch autonom zu sein, oder zumindest seine Souveränität und strategische Autonomie zu stärken, ist keine Kleinigkeit. Es ist eine Art europäischer Emanzipation, die es zu unterstützen gilt.

Was die Meinungsumfrage – zumindest für die einbezogenen Länder – ebenfalls gezeigt hat, ist, dass sich die Europäer_innen unter europäischer Souveränität durchaus etwas Ähnliches und Konkretes vorstellen. Der Begriff »europäische Souveränität« ist umstritten, weil er die nationale Souveränität infrage stellt und den Eindruck vermitteln kann, die europäische Integration bewege sich hin zu einem europäischen Föderalstaat, der souverän und allmächtig über die Menschen gebiete. Damit der Begriff nicht auf Digitales beschränkt bleibt und auch in den Bereichen Wirtschaft, Währung, Industrie und Technologie, in der Lebensmittelversorgung und im Gesundheitswesen, in der Raumfahrt, der Ökologie und der Energieversorgung sowie gar bei der Verteidigung und der Kontrolle der Außengrenzen von Souveränität gesprochen werden kann, muss das Verständnis des Begriffs in Bezug auf drei Elemente gefestigt werden:

1. Die europäische Souveränität gründet auf einer Schicksalsgemeinschaft, einer gemeinsamen Identität und Zugehörigkeit, die geschichtlich und geografisch bestimmt und in gemeinsamen Werten und Interessen verwurzelt ist.
2. Die europäische Souveränität ist ein Zusatz zur nationalen Souveränität, sie ergänzt und verstärkt sie, so wie es der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian in Prag im Jahr 2019 auf den Punkt gebracht hat: »Diese gemeinsame Souveränität zweigt von unseren nationalen Souveränitäten nichts ab.«
3. Die europäische Souveränität erlaubt es Europa, seine Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Freiheit im Angesicht gemeinsamer Herausforderungen und gegenüber anderen Großmächten zu stärken – ein Aspekt der Souveränität, den alle Befragten verstanden haben (auch in Frankreich, obwohl dort die Assoziation mit der Monarchie immer noch weit verbreitet ist).

Bei der europäischen Souveränität geht es in erster Linie um die Fähigkeit Europas, sich als ein geeintes Ganzes zu sehen und seine eigenen Interessen, Werte und Normen, seine eigene Weltsicht geltend zu machen.

Der Begriff »strategische Autonomie« erscheint zum jetzigen Zeitpunkt konsensfähiger und hat darüber hinaus bereits Eingang in das offizielle europäische Vokabular gefunden. Ihm stehen zwei Hindernisse im Wege, die beide durch Betonung von Komplementarität überwunden werden können. Im Bereich Verteidigung und Sicherheit stößt die strategische Autonomie auf den Primat der NATO in der gemeinsamen Verteidigungspolitik und auf die Bedeutung der transatlantischen Beziehung – zu einem Zeitpunkt, zu dem es mit dieser dank der

Regierung von Präsident Biden wieder aufwärts geht. Es muss an dieser Stelle deutlich gemacht werden, dass ein bekräftigendes Bekenntnis zu Europa die transatlantische Partnerschaft nicht infrage stellt, sondern sie ergänzt. In der Wirtschaft stößt die Debatte zur strategischen Autonomie auf den Konflikt zwischen den Befürworter_innen einer interventionistischen Wirtschaftspolitik, wie sie Frankreich traditionell vertritt, und den Verfechter_innen des offenen Marktes, des freien Wettbewerbs und der Privatinitiative. Auch hier gilt es, Kompromisse zu finden und auf Komplementarität zu bauen, so dass staatliche Politik und Wettbewerb einander ergänzen können.

Das Ringen um Worte muss weitergeführt werden – im Bewusstsein, dass sich die in den Worten ausgedrückte gemeinsame politische Ambition zunächst einmal durch Taten und konkrete Projekte beweisen muss. Die Ergebnisse der von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Fondation Jean-Jaurès durchgeführten Umfrage machen in jedem Fall deutlich, dass es einen gemeinsamen Weg gibt – hin zu einer stärkeren Autonomie und Souveränität Europas.

ÜBER DEN AUTOR

Maxime Lefebvre, École supérieure de commerce de Paris, Diplomat, ehemaliger Botschafter, Professor an der ESCP, Autor von *La construction de l'Europe et l'avenir des nations* (Armand Colin, 2013). Der Artikel gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

IMPRESSUM

© Friedrich-Ebert-Stiftung, 2021
Referat Globale und Europäische Politik
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland

Verantwortlich für diese Publikation in der Friedrich-Ebert-Stiftung:
Dr. Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.